



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Reichsspiegel : (Vom 12. bis zum 19. März 1911)

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Reichs Spiegel

(Vom 12. bis zum 19. März 1911)

### Innere Politik

Fortschritt? — Der Fall Bernhard — Stresemanns Bekenntnis zum Schutz Zoll —  
Rußlands Getreideproduktion — Nationalliberale und Freisinnige.

Unter dem Begriff des Fortschritts darf man ein unaufhörliches Lösen alter Verbindungen und Knüpfen neuer, einen unaufhörlichen Wechsel und immer neuen Sieg des Stärkeren verstehen. Das stärkere Prinzip erzwingt sich Anerkennung und läßt sich zum Besseren erheben, und die Götter von gestern müssen denen von heute weichen. Die Menschen aber, gewohnt, seit Jahrtausenden Anlehnung an irgendeine wenn auch nur eingebilte Macht zu suchen, taumeln meist gedankenlos aus einem Extrem ins andere, es den Nachgeborenen überlassend, die ordnungsmäßige Registratur des Umschwunges vorzunehmen und Gesetze zu seiner Begründung zu erdenken. So merken die Zeitgenossen auch gar nicht, wie sie unter liberaler Flagge auf konservative Postulate schwören und unter konservativer den Anarchismus begünstigen. In Deutschland sind wir gerade bei einem historischen Augenblick angekommen, der als Beginn einer neuen Ära bezeichnet werden kann. Die Herren Registratoren der abgelaufenen Zeitspanne sind an der Arbeit: die Soziologen stellen die Erschöpfung des marxistischen Materialismus fest, an die Stelle der Kathedersozialisten treten die Priester des Individualismus, und Deutschland, im Zeichen des Nationalstaates neu erstanden, droht sich in einen Nationalitätenstaat zu wandeln. Die 1871 gebändigten und unterworfenen Kräfte der Minderheit scheinen so weit erstarrt, daß sie beginnen, der weiteren Entwicklung des Reichs die Richtung zu weisen. Unsere Reichsregierung sieht dem Wechsel scheinbar teilnahmslos zu. In den Fragen der Ost- und Nordmark, die freilich formell nur den preußischen Ministerpräsidenten berühren, verhält sie sich völlig schweigsam, und in der elsass-lothringischen Angelegenheit scheint sie mehr darauf Bedacht zu nehmen, irgend etwas zustande zu bringen, als etwas Gutes. In ihrer Teilnahmslosigkeit allen großen Fragen gegenüber hat sie obendrein noch das Glück, daß die Aufmerksamkeit der Bevölkerung abgelenkt wird durch die Wahlvorbereitungen, einzelne Nach- und Ersatzwahlen sowie durch allerhand Skandale und Skandalchen. Das wohlhabende und zum Teil gebildete Publikum sucht und findet obendrein noch Ablenkung im Theater. Max Reinhardts „Ödipus“-Auführungen, des Musikers Strauß „Rosenkavalier“, Schönherrns „Glaube und Heimat“ sind durch eine großartige Aufführung des zweiten Teiles von „Faust“, auch durch Reinhardt meisterlich in Szene gesetzt, ergänzt worden.

Zu einem der größten öffentlichen Skandale hat sich der sogenannte Fall Bernhard ausgewachsen. Wir haben unseren Lesern über den Verlauf der unerquidlichen Angelegenheit bisher nicht berichtet, weil es außerordentlich schwer, wenn nicht unmöglich war, ein richtiges, einwandfrei objektives Bild von der

Angelegenheit zu geben. Wer nicht selbst Zeuge der Zwischenträgerien gewesen ist, wird sich kaum ein Bild davon machen können, in welchem Umfange der Fall Bernhard die Gemüter bewegt, und welch ein häßlicher, in manchen Fällen geradezu gemeiner Klatsch durch die Salons, Behörden, Hörsäle und Redaktionen der Presse gegangen ist. Nachdem die Angelegenheit aber in der Budgetkommission eingehend behandelt worden ist, sei wenigstens auf den wichtigsten Punkt hingewiesen. Die Darstellung des Kultusministeriums in der Budgetkommission bringt nicht voll zur Geltung, wie weit Bernhard in Abhängigkeit von diesem Ministerium gehandelt hat. Das Ministerium selbst hat nach Auffassung eines der Redner in der Kommission einen Fehler begangen, indem es eine an sich löbliche Absicht, die Einführung von Konkurrenzvorlesungen auch für die Staatswissenschaften, nicht offen erkämpfte, sondern dazu sich der Person des jungen Ordinarius bediente. Durch den am 24. Dezember 1910 festgesetzten Turnus hätte demnach das Ministerium auch tatsächlich einen Sieg errungen. Ob aber der Sieg nicht durch den zweieinhalb Jahr währenden Streit, der nun in einen Rattenkönig von Einzelfällen auszulaufen droht, zu teuer erkauft ist, wollen wir nicht untersuchen. Wird Professor Bernhard die Kraft finden, gemieden von allen Mitgliedern seiner Fakultät, die Verhältnisse zu überwinden? Das ist eine andere Frage; er müßte geradezu eine Heroennatur sein. Im übrigen ist es auch heute noch kaum möglich, die volle Wahrheit öffentlich auszusprechen, weil eine Reihe von persönlichen Momenten, die die Hauptsache in dem ganzen Streit spielen, nicht greifbar ist. Die Zeit muß da manches heilen und in milderem Lichte erscheinen lassen, als es eben noch möglich ist.

Im Reichstage hat es anläßlich des Stats für den Staatssekretär des Innern eine große Wirtschaftsdebatte gegeben. Politisch von hoher Bedeutung waren die Ausführungen des Abgeordneten Dr. Strefemann über die Stellung der Nationalliberalen zum Schutzzoll. Wie bekannt, werden die Nationalliberalen seitens des Bundes der Landwirte freihändlerischer Gelüste geziehen. Demgegenüber stellte Strefemann fest, daß seine Partei im Gegenteil nunmehr einiger über die Notwendigkeit des Schutzes der nationalen Arbeit sei, als wie es früher der Fall gewesen. Eine solche Feststellung war gerade im Hinblick auf die Bemühungen der Nationalliberalen, im agrarischen Osten festen Fuß zu fassen, notwendig. Unsere Landwirtschaft kann noch für geraume Zeit des Zollschutzes, insbesondere auf Getreide, nicht entbehren. Das gilt noch besonders im Hinblick auf die Konsolidierung der Verhältnisse im Innern Rußlands. Der Übergang der russischen Bauern vom Gemeindebesitz zum Individualbesitz muß notgedrungen zu einer Intenstivierung der Landwirtschaft und damit zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion führen. Gewiß wird ein Teil der Mehrproduktion zunächst zur besseren Ernährung der eigenen Bevölkerung, insonderheit der Bauern selbst benutzt werden, so daß sie zunächst nicht auf den Markt drücken dürfte. Aber es scheint uns doch wie eine Unterschätzung der jüngsten Bauernreformen, wenn behauptet wird, daß im russischen Getreideexport

keine Steigerung zu erwarten sei, wie es ein Schüler Brentanos erst kürzlich wieder getan hat. (Leo Jurowski, „Der russische Getreideexport, seine Entwicklung und Organisation“, Stuttgart und Berlin 1910, S. 28/29.)

Der gestrige Sonntag hat einen Schritt weiter auf dem Wege zur Einigung der liberalen Parteien gebracht. Die Nationalliberalen wie die Freisinnigen haben ihre Vorstände zu gut besuchten Sitzungen zusammenberufen, und von beiden Organisationen ist freimütig der Wunsch ausgesprochen worden, miteinander in bessere Beziehungen zu treten, die vielleicht über die Wahlen hinaus dauern könnten. Bei der Betrachtung der beiderseitigen Parteiprogramme ist es eigentlich schwer, einen tiefgehenden Gegensatz zwischen den Parteien zu finden. In den großen nationalen Fragen sind die Ideen, die in den achtzehnhundertsechziger Jahren von Konservativen und Nationalliberalen verbreitet wurden, nun auch Gemeingut des Freisinns geworden. In Heeres- und Marinefragen, in Dingen des Schutzes der nationalen Arbeit ebenso wie in Kolonialfragen hat der Freisinn seit Richters Tode eine Stellung eingenommen, die sich nur wenig von der der Konservativen unterscheidet. Dieser großen Entwicklung zum Zusammenschluß der Mittelparteien stehen eigentlich nur örtliche und persönliche Verhältnisse hindernd entgegen. In der Provinz stehen die freisinnigen und nationalliberalen Kreise einander noch vielfach fremd, ja feindlich gegenüber, weil man es seit vierzig Jahren nicht anders kennt. Doch auch dort beginnen die Gegensätze sich zu verwischen, und man fängt an, sich zum Kampf gegen die Konservativen zu einigen.

### Bank und Geld

Herr Delbrück und die Schwerindustrie — Freundschaft zwischen Industrie und Staatsregierung — Dividenden — Erneuerung der großen Verbände — Die Elektrizitätsfirmen — Bankinsolvenzen — Das Bilanzschema

Fragen der Bank- und Wirtschaftspolitik haben den Reichstag in dieser Woche wieder beschäftigt. War es vor zwei Wochen der Handelsminister, der wegen des Kapitalexportes und der Überschwemmung des deutschen Marktes mit ausländischen Wertpapieren im Landtag Rede und Antwort zu stehen hatte, so galt es diesmal dem Staatssekretär des Innern, dem von rechts wie links ziemlich scharf zugesetzt wurde. Zunächst waren es die Sozialdemokraten, die Herrn Delbrück allzu großer Intimität mit den Industriemagnaten ziehen. Herr Delbrück nahm die Vorwürfe wegen seiner Teilnahme am Diner des Zentralverbandes deutscher Industrieller, bei welchem Herr Bued — flankiert von zwei Ministern — den Vorsitz geführt hatte, mit Recht nicht gerade tragisch. Wer sollte es ihm verargen, einer Einladung zu folgen? Auch Minister essen gern bei Aldon, selbst wenn die Gastgeber die Industriefürsten sind. Herr Delbrück fand aber auch kräftige Worte zur Verteidigung der Freundschaft zwischen Industrie und Staatsregierung. Das ist sehr erfreulich; man wird sich erinnern, daß diese Freundschaft nicht immer so eng war. Sind es

doch kaum sechs Jahre, daß der Hiberniastreit die gesamte Industrie Rheinland-Westfalens in geschlossener Phalanx gegen den preußischen Staat vereinigt hat. Der Fiskus hat damals den Kürzeren gezogen; aber nachdem er sich löblich unterworfen, haben die Gegner von ehemals ihm verziehen und ihn in Gnaden wieder aufgenommen. Es will daher nicht viel sagen, wenn bei einer Dinnerrede die Wünsche der Industrie den Ministern so eindringlich eingeschärft werden, daß Herr Delbrück sich veranlaßt sah, diese mit einer Disziplinaruntersuchung zu vergleichen. Klagen über die Zurücksetzung der Industrie und insbesondere über die sozialpolitischen Lasten gehören zum ständigen Rüstzeug des Interessenkampfes der Industriellen. Allzu ernst wird man sie nicht nehmen dürfen, solange die Dividenden der großen Gesellschaften trotz der Belastung eine so erfreuliche Höhe aufweisen und solange — was manchen wichtiger sein wird — die Tantiemen der Direktoren — und Aufsichtsratsmitglieder Summen repräsentieren, die die einstmal's sprichwörtlichen Ministergehälter zu einer Bagatelle stampeln. Es sind andere Sorgen, welche der Industrie eine möglichst enge Freundschaft mit dem Staat nahelegen. Nicht umsonst hat sich Herr Schaltenbrand, der Direktor des Stahlwerkverbandes, von dem Düsseldorfer Regierungspräsidenten offiziell bescheinigen lassen, daß der Staat auf die Erneuerung der großen Verbände besonderen Wert legt. Denn die Situation des Stahlwerkverbandes ist kritisch, so kritisch, daß die führenden Männer schon jetzt erhebliche Zweifel hegen, ob eine Erneuerung desselben ohne positive Mitarbeit des Staates gelingen wird. Nicht anders steht es mit dem Kohlsyndikat. Auch hier wird der Fiskus in die Bresche springen müssen. Und warum auch nicht? Läuft doch das Interesse des Staates, der selbst Industrieller im größten Stile ist, durchaus parallel mit dem Interesse der Verbände. War dies schon früher der Fall, so um so mehr heute, wo er auf das gesamte Kohlenvorkommen des preußischen Staates die Hand gelegt hat. Nachdem mit dem Kaligesez der Rubikon überschritten und ein Präzedenzfall für die zwangsweise Syndizierung eines großen Industriezweiges geschaffen worden ist, steht zu hoffen, daß, was der Kaliindustrie recht, der Kohlen- und Eisenindustrie billig sein wird. Läßt es sich doch nicht verkennen: die kartellfeindliche Strömung, die den Staat zu einem gesetzgeberischen Eingreifen zugunsten der freien Konkurrenz und gegen die Verbände drängen möchte, hat heute weniger als je auf Erfolg zu rechnen. Beweis hierfür ist die durchaus ablehnende Haltung des Staatssekretärs in der Frage der Monopolisierung des Installationsgeschäfts durch die großen Elektrizitätsfirmen. Die Teilnahme für eine durch diese Monopolbestrebungen gefährdete Privatindustrie erscheint begreiflich. Es ist auch vom höheren Staatsinteresse aus unzweifelhaft zu beklagen, wenn die Zahl der selbständigen Existenzen durch den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung verringert wird. Und doch wird man zugestehen müssen, daß hier im Wege der Sondergesetzgebung nicht zu helfen ist. Der bloße Konsumentenstandpunkt kann, wie die Dinge liegen, heute nicht mehr allein ausschlaggebend sein. Die Milliardenkapitalien, die in unserer

Industrie angelegt sind, dürfen nicht freventlich auf das Spiel gesetzt werden. Sie verlangen Verzinsung und daher Beschäftigung. Mit diesen Kapitalien sind nicht nur die Interessen des privaten Sparkapitals, sondern auch die von Millionen Arbeitern eng verknüpft; der Staat hat also recht, wenn er — wie der Staatssekretär erklärte — „sich hütet, gewaltsam in die Entwicklung der Dinge einzugreifen“.

Zu den Bankinsolvenzen der letzten Zeit sind in dieser Woche zwei neue getreten, die der beiden Kommanditgesellschaften A. Neuburger und Max Ulrich. Eingeweihten kamen diese Vorfälle nicht überraschend; im Gegenteil, man hatte dies Ende schon viel früher erwartet. Die beiden Insolvenzen unterscheiden sich von den vorangegangenen erfreulicherweise dadurch, daß Depositengelder nicht oder wenigstens nicht in erwähnenswertem Maße gefährdet werden. Die Firma Neuburger war allerdings stark auf den Depositensfang ausgegangen. Nachdem ihr die Gelder des kapitalkräftigen Fürsten Egon entzogen waren, versuchte sie nach dem Grundsatz „Viele Wenig machen ein Viel“ die erforderlichen Gelder von den Bauern hereinzuschaffen und errichtete einige Duzend Depositenkassen in kleinen Landstädtchen von Pommern bis nach Thüringen. Der erhoffte Erfolg trat nicht ein, weil sich die Finanzpresse in den Dienst der Allgemeinheit stellte und einen scharfen Feldzug gegen die Firma eröffnete, mit dem Erfolg, daß die herangelockten Spargelder wieder abflossen.

Anders lag der Fall bei der Firma Ulrich; diese hat über eigentliche Depositengelder nie verfügt. Ihr Spezialgebiet waren sehr zweifelhafte Gründungen — eigentlich Schiebungen — auf dem Kuxenmarkt, die der Firma von Anfang an ein übles Renommé in den Fachkreisen und schließlich auch in der größeren Öffentlichkeit eintrugen.

So wäre das endgültige Verschwinden so schwach fundierter Unternehmungen, da das eigentliche Privatpublikum nicht sonderlich in Mitleidenschaft gezogen wird, an sich mit Genugtuung zu begrüßen, wenn nicht dadurch die Diskussion über eine grundsätzliche Abänderung unseres Depositenwesens aufs neue angefacht würde. Graf Kaniß hat ja bereits die Gelegenheit beim Schopfe ergriffen. Der Mann „mit den geflickten Strohdächern“, der stets schwer bewehrt zu Rosse steigt, wenn es gilt, gegen Bank und Börse anzureiten, hat nicht versäumt, aufs neue gesetzgeberische oder Verwaltungsmaßregeln zu fordern. Erinnert man sich freilich früherer Reden des alten Kämpen über dasselbe Thema, so muß man gestehen, daß er diesmal ziemlich milde verfahren ist; er hat sich im wesentlichen darauf beschränkt, dem Reichstag ein Kollegium über das Resultat der Bankenquete zu lesen, und nur die Forderung erhoben, es solle der von der Kommission empfohlene Bankauschutz möglichst bald in Aktion treten. Dabei hat er seiner tiefen Befriedigung darüber Ausdruck gegeben, daß die Berliner Großbanken sich freiwillig zu einer Erweiterung des zweimonatlichen Bilanzschemas verstanden haben. Ich vermute, die Berliner Bankdirektoren werden diese Auslassungen nicht ohne ein Augurenlächeln gelesen haben. Ich will davon

absehen, daß Graf Kanitz selbst der Meinung Ausdruck gab: „Unter zehntausend Menschen wäre kaum einer, der eine Bilanz zu lesen verstünde“.

Nichts aber kann verhängnisvoller sein, als der Wahn, durch die Veröffentlichung solcher Zwischenbilanzen wirklich einen tieferen Einblick in den komplizierten Mechanismus einer Großbank zu erlangen. Die durch das neue Bilanzschema eingeführte Spezialisierung des Wechsel- und Effektenkontos, sowie die Trennung der Depositionskonten nach der Verfallszeit ist gewiß nicht ohne jeden Wert. Da aber der Schwerpunkt jeder Bankbilanz in der Qualität des Debitoren- und Wechselkontos liegt und hierüber die Ziffern der Bilanz — am wenigsten aber die einer Zwischenbilanz — keinen Aufschluß gewähren, so ist die Bedeutung dieser Bilanzen für die Beurteilung der Sicherheit der Depositionen eine sehr geringe. Die Großbanken konnten daher leichten Herzens sich zu diesem Schritt entschließen, wenn sie glaubten, dadurch die Gefahr einer gesetzlichen Regelung des Depositionswesens abzuwenden, die ihren Interessen zuwiderließ. Allerdings hat der Staatssekretär erklärt, der Regierung lägen solche Erwägungen fern. Auch an die Einsetzung eines Bankausschusses denkt sie nicht, aus dem sehr verständigen Grunde, weil das Bestehen einer solchen Instanz die Depositionsgläubiger ungerechtfertigterweise in Sicherheit wiegen und den Staat mit einer Verantwortung belasten würde, die er nicht tragen könnte. Es ist durchaus erfreulich, daß sich die Regierung ein so kühles Urteil bewahrt und sich durch die beklagenswerten Vorfälle der jüngsten Zeit nicht zu unüberlegten Maßnahmen treiben läßt.

Spectator

## Einbanddecken für die Grenzboten

**Ausgabe A:** Halbfranz. Dunkelgrüner Lederrücken und Ecken, gekürnter Bezug, Schrift in Goldprägung. M. 1.75.

**Ausgabe B:** Leinen. Dunkelgrünes Rohleinen, Prägung in Schwarz mit Gold. M. 1.—.

Vielfach geäußerten Wünschen aus unserm Leserkreise entsprechend haben wir uns entschlossen, eine Original-Einbanddecke für die Grenzboten in geschmackvoller, stibler Ausführung herstellen zu lassen. Für jeden Jahrgang sind vier Decken erforderlich. Die Decken für 1910 sind sofort komplett lieferbar, für 1911 und die folgenden Jahrgänge jemahlg am Schlusse des betr. Vierteljahrs. Gegen einen entsprechenden Aufschlag sind wir bereit, einzelne Decken mit den Jahres- und Bandzahlen älterer Jahrgänge zu versehen.

Ein Prospekt mit Abbildungen der beiden Ausgaben nebst Bestellschein lag der Nummer 9 vom 1. März bei.

Berlin SW. 11,  
Bernburgerstr. 22a/23

Verlag der Grenzboten, G. m. b. H.